



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 30. Januar 2017
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

B 65 Ergänzungsbotschaft zu B 8 über die Volksinitiative „Eine Fremdsprache auf der Primarstufe“; Entwurf neuer Kantonsratsbeschluss / Bildungs- und Kulturdepartement

Für die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) spricht
Kommissionspräsidentin Helene Meyer-Jenni.

Helene Meyer-Jenni: Die wichtigste Entscheidung vorweg: Mit 7 zu 6 Stimmen hat die EBKK den Antrag auf Annahme der Volksinitiative „Eine Fremdsprache auf der Primarstufe“ abgelehnt und unterstützt damit den Antrag der Regierung. Vorausgegangen waren diesem knappen Entscheid ein intensiver Informations- und Diskussionsprozess. Eine Delegation des Initiativkomitees einerseits und andererseits das zuständige Bildungs- und Kulturdepartement, vertreten durch den Bildungsdirektor und den Leiter der Dienststelle Volksschulbildung, stellten ihre Sichtweise der Problematik und ihre Lösungen vor. In vier Aspekten waren sich die EBKK-Mitglieder im Grundsatz einig. Erstens: Die Schweiz verfügt über eine besondere Ausgangslage in Bezug auf das Erlernen von Fremdsprachen sowohl landesintern mit den vier Landessprachen als auch als Binnenland im vielsprachigen Europa. Zweitens: Die Sprachenstrategie, und damit das Konzept mit zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe, auch Modell 3/5 genannt, wurde 2004 von der EDK verabschiedet und ist inzwischen von 23 Kantonen umgesetzt worden. Genau dieses Konzept stellt einige Herausforderungen an die Lernenden und die Lehrpersonen. Dass dies anspruchsvoll ist und noch nicht alle Hürden geschafft sind, hat wohl mitunter dazu geführt, dass die Initiative im September 2014 mit breiter Unterstützung eingereicht worden ist. Drittens: Einig ist sich die EBKK, dass die Bildungsziele, wie sie übergeordnet vorgegeben sind, am Ende der obligatorischen Schulzeit auch weiterhin von den Luzerner Schülerinnen und Schülern in den Sprachen erreicht werden sollen, ob mit oder ohne Initiative. Viertens: Die Ergebnisse der Fremdsprachenevaluation, die von der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ) in Auftrag gegeben worden ist, vermögen noch nicht zu befriedigen und verlangen nach Massnahmen. Damit war dann aber die Einigkeit in der Kommission am Ende. Sowohl die Analyse der Situation als auch die Interpretation der dänischen Forschungsstudie und die Lösungsvarianten wurden absolut kontrovers diskutiert. Für eine knappe Mehrheit der EBKK sind folgende Punkte für die Ablehnung der Initiative ausschlaggebend: Was mit der Initiative als vermeintlich einfache Lösung daherkomme, entpuppe sich als Auslöser von neuen Problemen. Luzern dürfe keinesfalls einen Sprachen-Alleingang gehen und damit eine Sprachinsel werden. Vielmehr seien in der kleinräumigen Schweiz und im Besonderen in der Zentralschweiz eine Harmonisierung und Koordination zwischen den Kantonen gefragt. Ein späterer Start der zweiten Fremdsprache führe zu einer Sprachlastigkeit auf der Sekundarstufe I, da dort die Sprachlektionen zwingend erweitert werden müssten, damit die Lernziele erreicht werden könnten. Dies werde zulasten der MINT-Fächer gehen, was klar nicht erwünscht sei. Eine Fokussierung auf die Sprachlektionen allein sei zudem zu kurz

gefasst, es gehe um die Wochenstundentafel im Ganzen. Eine Verschiebung der zweiten Fremdsprache orientiere sich in hohem Mass an den leistungsschwächeren Lernenden. Das sei eine Nivellierung nach unten, die nicht zielführend wäre. Schwächere Lernende müssten in anderer Form unterstützt werden; so bedürften gerade Lernende aus bildungsfernen Schichten dieser Unterstützung, dies aber nicht nur in den Sprachfächern. Massnahmen zur besseren Erreichung der Lernziele seien bereits eingeleitet, so ein Ausbau der Französischlektionen, neue Lehrmittel und die notwendige Ausbildung der Lehrpersonen. Auch löse die Umsetzung der Initiative nicht unbedeutende Kosten aus. Das befriedigt einen Teil der EBKK überhaupt nicht, genauso wenig wie die Feststellung, dass mit dieser Initiative eine Reform oder ein Systemwechsel ausgelöst werde und dieser die Schule erneut belaste. Ganz anders beurteilt eine knappe Minderheit der EBKK die Initiative. Dazu die wesentlichen Punkte: Der frühe Fremdsprachenunterricht habe die hohen Erwartungen in keiner Weise erfüllt und müsse als gescheitert betrachtet werden. Die Gelingensbedingungen für einen Erfolg seien nicht vorhanden, und die Lernziele könnten gar nicht erreicht werden. Die Evaluationsergebnisse seien alarmierend. Knaben und fremdsprachige Kinder seien durch die sprachlastige Primarstufe benachteiligt, dies müsse unbedingt korrigiert werden. Zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe und damit viele Sprachlektionen überforderten viele Lernende und die Lehrpersonen und gingen klar auf Kosten anderer Fächer wie Mathematik und Naturwissenschaften. Zudem müsse beachtet werden, dass die erste Fremdsprache sowieso „Hochdeutsch“ beziehungsweise die Schriftsprache sei. Weiter könne kaum von einer Harmonisierung des Fremdsprachenunterrichts in der Deutschschweiz gesprochen werden, zu unterschiedlich seien die Kantone unterwegs. Noch ausstehende Parlaments- und Volksentscheide in anderen Kantonen könnten dies noch weiter verstärken. Die Befürwortenden der Initiative bezweifeln zudem die vom Regierungsrat errechneten Mehrkosten. In Ergänzung zu diesen unterschiedlichen Haltungen haben einige EBKK-Mitglieder bemängelt, dass die Haltung zur Initiative nicht einfach sei, da diese offenlässt, ob nun Französisch oder Englisch auf die Sekundarstufe I verschoben werden müsste. Als Politikerinnen müssten wir aber die Konsequenzen klar einschätzen können. Es mache einen Unterschied, wenn es dann Englisch – die wichtige Sprache vor allem im beruflichen und wissenschaftlichen Kontext – oder eben Französisch – die Landessprache – wäre. Auch wurde verschiedentlich ein Gegenvorschlag zur Initiative gewünscht. Der Bildungsdirektor betonte, dass der Regierungsrat aufgrund der Ausgangslage und der Forderung der Initiative keine Möglichkeit sah, einen echten Gegenvorschlag vorzulegen. Die EBKK hat zudem einen Antrag deutlich abgelehnt, der verlangt hat, im Rahmen der Volksabstimmung eine Stichfrage zu stellen, mit der die Präferenz für Englisch oder Französisch auf der Primarstufe abzufragen wäre. Schlussendlich ist die EBKK froh, dass nun nach einem langen Weg, welcher über die Klärung der Gültigkeit geführt hat, endlich über das Kernanliegen der Initiative entschieden werden kann. Die EBKK hat dem Antrag der Regierung mit 7 zu 5 Stimmen bei 1 Abwesenheit zugestimmt und damit die Initiative abgelehnt.

Für die CVP-Fraktion spricht Priska Wismer-Felder.

Priska Wismer-Felder: Die CVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein. Die Initiative „Eine Fremdsprache auf der Primarstufe“ will, dass auf der Primarstufe nur eine Fremdsprache unterrichtet wird. Dieses Anliegen stösst allgemein auf eine breite Unterstützung, da der Unterricht der beiden Sprachen Englisch und Französisch an der Primarschule einige Herausforderungen zu bewältigen hatte und auch heute noch hat. Es läuft nicht alles so, wie man es sich wünscht. Diese Initiative verspricht eine vermeintlich einfache Lösung. Doch was auf den ersten Blick unkompliziert, unproblematisch und einfach aussieht, schafft auf den zweiten Blick neue und schwerwiegende Probleme. Die Herausforderungen, die sich mit dem frühen Sprachunterricht stellen, werden mit dieser Initiative nicht gelöst. Zudem hat die Initiative klare Mängel. Folgende Punkte sprechen gegen die Initiative: Der Entscheid, welche Fremdsprache nicht unterrichtet werden soll, wird nicht getroffen. Der Kanton Luzern wird zur Sprachinsel. Die Sprachlastigkeit wird auf die Sekundarstufe I verschoben und die Förderung der MINT-Fächer nicht mehr möglich sein. Die Schule orientiert sich an den

leistungsschwachen Schülern. Die Schnittstellen mit abnehmenden Schulen, auch überkantonalen Berufsschulen, werden nicht mehr bedient. Die an sich unbestrittenen Harmonisierungsbestrebungen werden geschmälert. Es entstehen hohe Kostenfolgen bei der Lehrerbildung und den Lehrmitteln, und die Lektionen auf der Oberstufe werden teurer. Die Initiative löst eine Reform auf der Volksschule aus. Zu den einzelnen Argumenten: Mit dem Entscheid für eine Fremdsprache ist der Entscheid, um welche Sprache es sich handeln soll, verknüpft. Genau diese Entscheidung wurde mit der Initiative bewusst nicht gefällt. Im Gespräch mit Schülern, Eltern und Lehrpersonen erfahre ich aber immer wieder, dass die meisten eine ganz klare Vorstellung haben, um welche Fremdsprache es sich dann handeln müsste. So klar wie sich einige für Englisch aussprechen, genauso klar kann es für die anderen nur das Französisch sein. Für viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ist der Entscheid, welche Sprache den Vorzug erhalten würde, entscheidend, ob sie für oder gegen die Initiative sein wollen. Hier hinterlässt die Initiative ein grosses Fragezeichen, welches in einem langen politischen Prozess gelöst werden muss. Mit der Abstimmung im Jahr 2006 hat eine grosse Mehrheit der Schweizer und Luzerner Stimmbevölkerung Ja gesagt zur Harmonisierung der allgemeinen Bildungsziele und zu Eckpunkten der kantonalen Bildungssysteme. Mit der Umsetzung der Initiative würde der Kanton Luzern aber zu einer Insel innerhalb der Zentralschweiz. Ein Wohnortwechsel, selbst innerhalb der Zentralschweiz, wäre mit zusätzlichen Problemen verbunden. Ähnliche Bestrebungen von anderen Kantonen oder gleichnamige Initiativen wurden in den anderen Kantonen entweder vom Parlament oder von der Bevölkerung abgelehnt. Der Kanton Nidwalden ist in jüngster Vergangenheit ein Beispiel dafür. Im Kanton Thurgau, wo eine Motion überwiesen wurde, welche den Wechsel auf das System 3/7 fordert, wird dieses Jahr im Parlament über die Umsetzung abgestimmt. Die deutliche Mehrheit, die noch vor einem Jahr Ja zur Abweichung vom geltenden System gesagt hat, ist jedoch nicht mehr zu erwarten, dies vor allem wegen der Änderung, welche auf der Sekundarstufe I vollzogen werden müsste. Dazu komme ich später. Es ist gut möglich, dass die Gesetzesänderung, die für die Umsetzung der Motion nötig wird, diesmal vom Parlament abgelehnt wird. Die Sprachlastigkeit, die zur Benachteiligung von Jungen führen soll, und der Motivationsmangel für die zweite Fremdsprache werden immer wieder als Argumente ins Feld geführt. Damit wird aber ausgeblendet, dass diese Sprachlastigkeit einfach auf die Sekundarstufe I verschoben wird. Um den Luzerner Schülerinnen und Schülern den Anschluss an die weiterführenden Schulen zu ermöglichen, müsste auf dieser Stufe die Lektionenzahl im Fremdsprachenunterricht erhöht werden. Dort müsste die Stundentafel also noch mehr Sprachlektionen enthalten. Genau dort sind die Jugendlichen aber in der wichtigen und herausfordernden Phase der Berufswahl, stecken mitten in der Pubertät und treffen erstmals auf wichtige Lerninhalte in den Bereichen Physik, Chemie und Naturlehre. Zulasten von welchen Fächern sollen also die vermehrten Sprachlektionen unterrichtet werden? Die CVP befürchtet, dass eine erfolgreiche MINT-Förderung, wie sie im Augenblick auch politisch breit gefordert wird, nicht mehr möglich wäre. Zudem sind die Schülerinnen und Schüler auf der Sekundarschule mit Sicherheit nicht einfacher für die zweite Fremdsprache zu begeistern. Den Schülern, denen die Motivation in der 5. Klasse fehlt, wird sie auch in der 7. Klasse fehlen. Die oft zitierte und flächendeckende Überforderung bezieht sich in Wahrheit auf einen Teil der Schulkinder. Ich muss leider feststellen, dass in der Diskussion um diese Initiative nie die Rede von den Schülerinnen und Schülern ist, die durchaus in der Lage sind, dem Unterricht in beiden Fremdsprachen zu folgen. Eines hat die Fremdsprachenevaluation der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz aber deutlich gezeigt: Die Zielerreichung ist schlecht, darin sind wir uns alle einig. Jedoch können die schlechten Ergebnisdurchschnitte, wie sie auf Seite 9 der Botschaft dargestellt sind, zu einem Teil begründet werden: Die vermeintlich leistungsstärksten 20 Prozent, die Gymnasiasten, wurden bei dieser Evaluation nicht mit einbezogen. Auch wurden die Achtklässler an den Zielen Ende der 9. Klasse gemessen. Zudem ist es falsch, eine nicht erreichte Zielsetzung mit allgemeiner Überforderung gleichzusetzen. Bei den MINT-Fächern oder beim Deutsch wird die Zielsetzung auch nicht optimal erreicht. Dort wird jedoch ganz anders reagiert: Man fordert

nämlich zusätzliche Ressourcen in Form von Lektionen, Übungsmöglichkeiten, praktischen Bezügen, optimierten Unterrichtsbedingungen usw. In diesen Fächern spricht niemand von Abschaffen. Ein Schritt zur Verbesserung der Situation ist mit der zusätzlichen Lektion in der 5. und 6. Primarklasse gemäss Lehrplan 21 bereits beschlossen. Auch Mathematik und Deutsch werden aufgestockt. Die Schule muss auf Lernende Rücksicht nehmen, die tatsächlich überfordert sind. Dazu kennen wir in der Volksschule geeignete Instrumente: individualisierter Unterricht, Lernzielanpassungen, nötigenfalls Dispensation. Die Schule darf aber das Niveau nicht an diese Schüler anpassen. Das wäre ein grundsätzlicher Fehler und langfristig fatal für unseren Kanton. Die Kosten, die dieser Systemwechsel zur Folge hätte, sind hoch. Wir wären gezwungen, je nach Fremdsprache ein eigenes Lehrmittel zu erstellen oder mindestens regelmässig zu überarbeiten. Diese Kosten müsste der Kanton Luzern bei der jetzigen Ausgangslage selber tragen. Die zahlreichen Lehrpersonen, die in den vergangenen zehn Jahren für viel Geld für die Fächer Englisch und Französisch ausgebildet worden sind beziehungsweise eine Nachholbildung genossen haben, könnten diese Ausbildung im Kanton Luzern nicht mehr brauchen. Je nachdem auf welche Sprache die Wahl am Ende fällt, müssten Lehrer zusätzlich ausgebildet werden (Französisch 3. bis 6. Klasse). Die PH müsste die Ausbildung beider Sprachen trotzdem anbieten, da die Lehrer auch in anderen Kanton lehrbefähigt sind. Kostenfolgen haben aber schon allein die Verschiebung der angebotenen Lektionen auf die Sekundarstufe I (teurere Lektionen). In der heutigen Zeit der knappen Finanzen wäre es äusserst unklug, Geld in ein neues System zu investieren, das nicht einmal ansatzmässig die anstehenden Probleme löst. Mit diesem Systemwechsel würden wir eine nicht zu unterschätzende Reform in der Volksschule ins Rollen bringen. Genau das wollten aber die meisten von uns in den letzten Jahren verhindern. Lassen wir also bitte die Finger davon, zumal der Ausgang dieses Experimentes die zum Teil berechtigten Anliegen der Initiative gar nicht löst, sondern höchstens verschiebt. Wer Lösungen will, muss sich für die Optimierung des heutigen Systems einsetzen. Fazit: Wie in den meisten anderen Fraktionen gibt es auch bei der CVP einzelne Personen, welche die Vorteile bei einem Beginn der zweiten Fremdsprache in der Oberstufe stärker gewichten. Die Mehrheit der CVP-Fraktion wird der Botschaft B 65 zustimmen und damit die Initiative ablehnen.

Für die SVP-Fraktion spricht Bernhard Steiner

Bernhard Steiner: Die SVP tritt auf die Ergänzungsbotschaft zu B 8 ein. Die SVP wird die Initiative aus folgenden Aspekten geschlossen unterstützen. Zu den bildungspolitischen Aspekten: Das Sprachenkonzept der EDK ist gescheitert. Die Resultate der Fremdsprachenevaluation der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz sind alarmierend. So erreichen über 60 Prozent der Schülerinnen und Schüler der 6. Klasse die Lernziele in Hören und Sprechen im Französischunterricht nicht, in der 8. Klasse sind es sogar über 90 Prozent. Beim Schreiben ist es sehr ähnlich, über 60 Prozent erreichen die Lernziele in der 6. und 8. Klasse nicht. Etwas weniger alarmierend sind die Ergebnisse im Englisch, wo aber immer noch knapp 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Lernziele im Lesen und Schreiben nicht erreichen. Ein Festhalten an der frühen Sprachenstrategie und diesem nachgewiesenen Misserfolg kommt einer Verschwendung von Steuergeldern gleich. Es erstaunt zudem, dass die schwachen Resultate in der 8. Klasse in der Botschaft nicht kommentiert werden. Zudem wird auch verschwiegen, dass viele Schülerinnen und Schüler im 9. Schuljahr vor allem das Wahlfach Französisch abwählen. Es ist dann logisch, dass die Resultate im Stellwerk im 9. Schuljahr wieder besser sind. Zu den wissenschaftlichen Aspekten: Die EDK hat einer dänischen Forschungsstelle den teuren Auftrag erteilt, einen „systematischen Review“ zu erstellen, und dieser wird jetzt wohl absichtlich falsch interpretiert. Er zeigt nämlich ganz klar, dass Spätstarter die Frühstarter in jedem Fall in den Sprachkompetenzen übertreffen. Mit dem späteren Erlernen einer Fremdsprache in der Oberstufe werden die Lektionen effizienter eingesetzt, und nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit werden die Kinder vergleichbare oder bessere Sprachkompetenzen in Französisch und Englisch aufweisen. Als wichtigster Faktor für das Beherrschen einer Fremdsprache ist die Leistung in der deutschen Erstsprache oder mit

anderen Worten: Wer gut Deutsch kann, lernt eine Fremdsprache besser. Die Schülerinnen und Schüler zeigen zudem, und dies ist wesentlich, eine deutlich bessere Leistung in den Fächern Deutsch und Mathematik. Zu den Lehrplanaspekten: Es gibt keine eigentliche Harmonisierung des Fremdsprachenunterrichts in der deutschsprachigen Schweiz. In vielen Kantonen ist Französisch die erste Fremdsprache, die ab der 3. Klasse unterrichtet wird. In anderen Kantonen ist es Englisch. Im Kanton Graubünden ist es je nach Gemeinde Italienisch, Deutsch oder Rätoromanisch. Appenzell-Innerrhoden und Uri haben Französisch erst ab der 7. Klasse, der Kanton Aargau ab der 6. Klasse. In den Kantonen Thurgau, Schaffhausen und St. Gallen wurden parlamentarische Beschlüsse gefasst, dass nur eine Fremdsprache auf der Primarstufe unterrichtet werden soll. Der Lehrerinnen- und Lehrerverband des Kantons Zürich hat ebenfalls eine Initiative eingereicht, die nur eine Fremdsprache auf der Primarstufe fordert. Das heisst, schon jetzt gibt es in vielen Kantonen unterschiedliche Modelle. Die Stundentafeln des Fremdsprachenunterrichts sind zudem auch von Kanton zu Kanton verschieden. Man kann also sicherlich nicht von einer Insellösung sprechen. Der Kanton Luzern hat die Freiheit, die Anzahl der Fremdsprachen auf der Primarstufe autonom und unabhängig von den Vorgaben der EDK zu regeln, da unser Kanton nicht dem HarmoS-Konkordat beigetreten ist, und das Bundesgesetz verlangt, dass die Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit über Kompetenzen in mindestens einer zweiten Landessprache und einer weiteren Fremdsprache verfügen. Zu den didaktischen Aspekten: Es ist ziemlich schleierhaft, welche didaktischen Vorteile das Lernen von zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe bringen soll. Für die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler kann die SVP nur Nachteile beim frühen Sprachenlernen ausmachen. Die wissenschaftlichen Resultate sind klar: Die Schülerinnen und Schüler werden die Fremdsprachen in der Sekundarstufe I effizienter lernen. Da sie in diesem Alter Grammatik besser verstehen, ihr Deutsch gefestigt ist und Vergleiche unter den Fremdsprachen anstellen können, lernen sie effizienter. Zu den fachlichen Aspekten: Der frühe Fremdsprachenunterricht führt zu einem Verlust der schriftlichen und mündlichen Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik. Dies widerspiegelt sich in den Rückmeldungen der Lehrpersonen, Berufsbildner und Eltern eindeutig. Eine stabile Grundlage in der Erstsprache „Hochdeutsch“ und in der Mathematik ist wesentlich für den späteren beruflichen Erfolg. Ein Festhalten am ineffizienten frühen Fremdsprachenunterricht geht auf Kosten der Alltags- und Berufsfähigkeit unserer Kinder und führt zu Benachteiligungen vor allem der ausländischen Bevölkerung und der Knaben. Was in der Sprachendiskussion immer wieder vergessen wird, ist die Tatsache, dass die erste Fremdsprache im Kanton Luzern „Hochdeutsch“ ist. Dies ist wesentlich, wenn man einen Vergleich mit der französischsprachigen Schweiz oder dem Tessin anstellen will. Renommierte Sprachwissenschaftler bestätigen klar, dass zwischen den Sprachen „Mundart“ und „Hochdeutsch“ ein Unterschied besteht wie beispielsweise zwischen Holländisch und Deutsch. Hier sind vor allem Schülerinnen und Schüler, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, wegen der sprachlichen und grammatikalischen Komplexität dieser beiden Sprachen stark gefordert bis überfordert. Primär ausschlaggebend für den beruflichen Erfolg sind die Fächer Deutsch und Mathematik. Eine Fremdsprache auf die Sekundarstufe I zu verlegen, stärkt also diese Grundanforderungen. Zu den staatspolitischen Aspekten: Bis 1994 ist im Kanton Luzern an der Primarschule keine Fremdsprache unterrichtet worden, und die Schweiz fiel trotzdem nicht auseinander. Der Bundesrat hat nun ja beschlossen, vorläufig nicht in die Bildungshoheit der Kantone einzugreifen. Um den Kontakt zwischen den verschiedenen Kulturen und Sprachregionen in der Schweiz zu fördern, müssen sicher nicht die heutigen Primarschulkinder herhalten und so früh wie möglich Fremdsprachen lernen. Reisen oder Austausch der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe sind viel erfolgversprechender. Zu den finanziellen Aspekten: Es ist nicht nachvollziehbar, wieso der Verzicht auf den Unterricht einer Fremdsprache zu Mehrkosten führen soll. Im Gegenteil: Die Einführung des Fremdsprachenkonzeptes hat Millionen von Franken gekostet, und die BKZ-Studie zeigt nun, dass ein Grossteil der Schülerinnen und Schüler die Lernziele nicht erreicht hat. Dies ist ein Grund mehr, diese Steuergelder für einen effizienten

Fremdsprachenunterricht auf der Sekundarstufe I einzusetzen. So wurde auch immer wieder behauptet, dass die Einführung des gesamten Lehrplans 21 und aller neuen Lehrmittel kostenneutral gestaltet werden kann. Wenn eine solch grosse und grundlegende Umwälzung kostenneutral ist, wird ein Verzicht auf eine Fremdsprache auf der Primarstufe auch ohne Kostenfolge umgesetzt werden können. Das EDK-Sprachenkonzept ist ein Blindflug gewesen. Ohne wissenschaftliche Daten oder fundierte pädagogische Erfahrungen wurde behauptet, dass der frühe Fremdsprachenunterricht besser sei, und die Bedenken des Lehrerinnen- und Lehrerverbands wurden nicht ernst genommen. Mittlerweile hat die Realität das utopische Wunschdenken eingeholt, und die Forderung des Lehrerinnen- und Lehrerverbands bleibt die gleiche: Lieber nur eine Fremdsprache auf der Primarstufe unterrichten, dafür richtig. Weniger ist in diesem Fall mehr. In diesem Sinn unterstützt die SVP die Initiative und stellt den Antrag, dass Ziffer 2 im Kantonsratsbeschluss wie folgt geändert wird: „Die Volksinitiative wird angenommen.“

Für die FDP-Fraktion spricht Gaudenz Zemp.

Gaudenz Zemp: Die Schweiz kennt vier Landessprachen. Sie liegt mitten im vielsprachigen Europa. Sie ist ein global vernetztes Exportland. Sie hat eine sehr bedeutende Tourismuswirtschaft, und sie hat einen im europäischen Vergleich sehr hohen Ausländeranteil. Das alles führt dazu, dass Fremdsprachen für uns Schweizer eine sehr hohe Bedeutung haben. Es bieten sich gute Voraussetzungen, die Sprachen im Alltag anzuwenden. Das alles schafft aber auch hohe Ansprüche an uns selbst. Kaum einer ist zufrieden mit sich selber, was seine Fremdsprachenkenntnisse anbelangt. Wir alle möchten, sie wären ein bisschen besser. Das hat auch Einfluss auf die Erwartungen von uns an die Schule. Wir möchten, dass unsere Kinder die Sprachen schneller und besser erlernen als wir. Wir geben uns deshalb sehr grosse Mühe, die Schüler möglichst rasch und möglichst intensiv in den Fremdsprachen zu schulen. Wir möchten, dass sie Englisch können, weil man dies in einer globalisierten Welt braucht, und wir möchten, dass sie Französisch beherrschen, weil wir die Landesteile gut miteinander verbinden möchten. Seit 2011 haben wir deshalb das Fremdsprachenkonzept 3/5 am Laufen. Nun wurde es zum ersten Mal in der Zentralschweiz evaluiert. Die Resultate sind etwas ernüchternd. Vielleicht haben wir mit guter Absicht etwas grosse Ambitionen entwickelt. Tatsache ist, dass Anspruch und Realität, insbesondere auf der Primarstufe, im Moment noch auseinanderklaffen. Die Schülerinnen und Schüler im Kanton Luzern erreichen die Lernziele nach der 6. Primarstufe noch ungenügend. Die Frage ist nun: Wie gehen wir damit um? Man kann das bestehende System auf der Primarstufe optimieren, oder man kann es durch ein anderes ablösen. Beide Wege sind möglich, und beide haben ihre Vor- und Nachteile. Die FDP-Fraktion hat es sich nicht leicht gemacht mit dem Entscheid. Nach intensiver Diskussion hat sich aber eine Zweidrittelmehrheit für die Fortsetzung des aktuellen Systems und gegen die Initiative ausgesprochen. Die FDP steht im Bildungsbereich für Kontinuität, und sie steht für einen Einsatz der Mittel an der Front und nicht in der Verwaltung und in Projekten. Die Einführung des aktuellen Systems wurde im Jahr 2011 abgeschlossen und nun zum ersten Mal überprüft. Es macht aus Sicht der Mehrheit der Fraktion keinen Sinn, jetzt das System zu wechseln. Die FDP bekämpft seit je die „Reformitis“, deshalb will man hier nicht bereits nach fünf Jahren eine Reform. Es gibt sogar Fraktionsmitglieder, die damals gegen die Einführung des Modells 3/5 gestimmt hatten, die aber heute der Meinung sind, man solle es jetzt beibehalten und nicht schon wieder einen Wechsel machen. Sie sind überzeugt, dass man das System auf der Basis der Evaluation optimieren kann und so künftig zufriedenstellende Resultate erzielt. Dieser Weg vermeidet auch Kosten. Auch wenn man die Schätzung der Regierung von 9 Millionen Franken mit der nötigen Skepsis zur Kenntnis genommen hat, so ist man doch der Meinung, dass durch einen vorschnellen Wechsel unnötige Kosten entstehen. Zentral ist der Fraktionsmehrheit auch die Einbindung in die Deutschschweizer Bildungslandschaft. Ein Inseldasein gilt es zu vermeiden. Mit der Abstimmung 2006 haben die Schweizer Stimmbürger wohl deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie in der Volksschule weniger „Kantönligeist“ wünschen. Damit ist man nicht der Meinung, es müsse vom Bund alles rücksichtslos über einen Kamm geschert werden. Aber ein gemeinsames

Konzept der Kantone bezüglich der Fremdsprachen ist wohl zu begrüßen. Die Mehrheit der Fraktion verbindet aber mit ihrem Nein zur Initiative auch den klaren Auftrag an die Regierung, die nötigen Anpassungen und Verbesserung konsequent an die Hand zu nehmen. Der Unmut in Teilen der Bevölkerung und bei der Lehrerschaft zeigt, dass hier Optimierungen nötig sind. Insbesondere muss es gelingen, die Freude an den Fremdsprachen und die Lust, sie zu erwerben, besser zu fördern. Für das muss man aber nicht gleich das System nach fünf Jahren wieder wechseln. Soweit zu den Argumenten der Mehrheit der Fraktion. Ein rundes Drittel der Fraktion wird hingegen für die Initiative stimmen. Ich gehe an dieser Stelle nicht weiter auf deren Gründe ein, stattdessen werden sich andere Mitglieder der Fraktion dazu äussern. Zusammenfassend gesagt: Die FDP tritt auf die Botschaft ein. Sie wird mit einer Zweidrittelmehrheit die Initiative ablehnen. Sie verbindet mit dieser Ablehnung den Auftrag an die Regierung, das bestehende System weiter zu optimieren, und sie erwartet auch, dass in der Volksschule die Lernziele künftig erreicht werden, auch und gerade bei den für unser Land so wichtigen Fremdsprachen.

Für die SP-Fraktion spricht Jacqueline Menzel Kaeslin.

Jacqueline Menzel Kaeslin: Die Schweiz zeichnet sich aus durch eine Vielfalt an Landessprachen und Kulturen. So sprechen wir Schweizerdeutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch auf kleinstem Raum. Diese Ausgangslage bietet viele Chancen und ist ein Gewinn für unser Land. Dass diese komfortable Situation genutzt werden soll und das gegenseitige Verständnis auf sprachlicher und kultureller Ebene dem nationalen Zusammenhalt dient, darin sind sich alle einig. Wie jedoch damit umgegangen werden soll, insbesondere mit dem Erlernen einer anderen Landessprache, darin gehen die Meinungen auseinander. Auch die SP ist sich in dieser Frage nicht ganz einig. Eine grosse Mehrheit der Fraktion ist jedoch für die Botschaft und lehnt die Initiative ab. Eine Minderheit befürwortet die Initiative. Ich versuche beide Haltungen darzulegen und ihnen gerecht zu werden. Die Fraktionsmehrheit findet den jetzigen Zeitpunkt für eine Kurskorrektur nicht angebracht. Mit den angestrebten neuen Lehrmitteln und mehr Lektionen für den Französischunterricht erhofft man sich eine bessere Qualität und somit bessere Ergebnisse am Ende der Schulzeit. Ihr ist besonders wichtig, dass keine Insellösung geschaffen wird und die Harmonisierung der Deutschschweizer Kantone mit dem Lehrplan 21 vorangetrieben wird, denn unsere Gesellschaft und damit die Familien und Kinder müssen sehr agil und flexibel sein. Es soll kein Umzug in einen Nachbarkanton unnötig erschwert werden. In unserer kleinräumigen Schweiz müssen wir bündeln, nicht aufspalten. Die Ansicht, dass fremdsprachige Kinder und jene aus bildungsfernen Schichten benachteiligt seien, wird so nicht eins zu eins geteilt. Die Problematik der bildungsfernen Schichten zeigt sich generell auch in anderen Fächern und ist mit der Verschiebung einer Sprache auf die Sekundarstufe I nicht zu lösen. Diesbezüglich braucht es auf verschiedensten Ebenen besondere Anstrengungen. Ein weiterer Pluspunkt für das Erlernen von zwei Fremdsprachen bereits auf der Primarstufe ist für die Mehrheit unserer Fraktion die Tatsache, dass ein längerer Kontakt mit einer Fremdsprache deren Verankerung im Gedächtnis begünstigt und somit der Beginn bereits in der Primarstufe von Vorteil ist. Denn die Problematik sei nicht, dass zwei Fremdsprachen unterrichtet würden, sondern generell die mangelhaften Rahmenbedingungen, um ein optimales Lernen zu ermöglichen – egal in welchem Fach. So wurden und werden die Klassengrössen heraufgesetzt, der Halbklassenunterricht stark reduziert, und die Klassen wurden mit der Einführung von IF und IS heterogener, was eine grosse Herausforderung ist. Dass die Kompetenz in der deutschen Sprache gesunken ist, hat zudem mit der allgemeinen Tendenz zu tun, immer mehr in die Schule hineinzupacken bei gleichzeitigem Abbau von unterstützenden Rahmenbedingungen im Zuge von Sparmassnahmen. Für eine Minderheit unserer Fraktion, die Befürwortenden der Initiative, geht der Fremdsprachenunterricht generell in eine falsche Richtung, und dies wird nun auf dem Buckel der Kinder ausgetragen. Die Kantone haben sich in eine Sackgasse manövriert, aus der sie nicht mehr herauskommen, da nach Aussagen der Kantone die finanziellen, organisatorischen und staatspolitischen Konsequenzen zu gross wären. Die pädagogischen Konsequenzen bleiben dabei völlig unberücksichtigt, und die Einführung von zwei Fremdsprachen wird so zu einer

Zwängerei. Resultate zeigen zudem, dass mit dem Modell 3/5 die geforderten Ziele in den Sprachkompetenzen nur unzureichend erreicht und mehr Probleme geschaffen werden. Nach Ansicht eines Teils unserer Fraktion ist dies eine unnötige und nicht zielführende Überforderung der Lernenden. Es wird zu viel Unterrichtsstoff in die Primarstufe verpackt. Frühes Erlernen einer Fremdsprache ja, aber Studien zeigen, dass man damit noch früher als erst in der Schule beginnen und dies zudem im entsprechenden Umfeld erfolgen müsste. Erst auf der Primarstufe mit Fremdsprachen zu beginnen, hat nach Ansicht der Fraktionsminderheit nicht mehr die gleichen positiven Auswirkungen. Ab der 3. Klasse zu beginnen, ist relativ spät, erst ab der 5. Klasse sowieso. Somit kann geradeso gut mit der zweiten Fremdsprache erst im 7. Schuljahr begonnen werden, da in diesem Alter das abstrakte Denken schon ausgereifter ist und die Grammatik besser nachvollzogen werden kann. Studien zeigen, dass in diesem Alter das Erlernen einer Fremdsprache kein Nachteil ist. Es wird oft mit der Sprachlastigkeit auf der Sekundarstufe I argumentiert. Jetzt haben wir die Sprachlastigkeit aber auf der Primarstufe, und dies ohne die Möglichkeit, in verschiedenen Niveaus die Sprachen zu erlernen, wie dies auf der Sekundarstufe I möglich ist. Falls die Initiative angenommen und somit nur noch eine Fremdsprache auf der Primarstufe unterrichtet würde, ist für unsere Fraktion klar, dass es Französisch sein müsste, da dies eine Landessprache ist. Dies sind die beiden Ansichten unserer Fraktion. Wir treten auf die Botschaft ein.

Für die Grüne Fraktion spricht Ali R. Celik

Ali R. Celik: Die Volksinitiative „Eine Fremdsprache auf der Primarstufe“ nimmt ein wichtiges Thema auf, welches für die kantonale Fremdsprachenbildung im Besonderen und für die Bildung im Allgemeinen bedeutend ist. Für die Initiative wurden fast 6000 gültige Unterschriften gesammelt. Das Initiativkomitee ist breit abgestützt. Verschiedene Kreise von Verbänden, Berufsgruppen sowie einzelne Kantonsrätinnen und Kantonsräte ausser den Grünen sind im Initiativkomitee vertreten. Es ist für die Grünen nicht entscheidend, wie viele Unterschriften gesammelt worden sind und wer hinter der Volksinitiative steht. Für uns ist entscheidend, was die Umsetzung der Volksinitiative für die Fremdsprachenbildung, für die kantonale Bildungspolitik, für die Zukunft unserer Kinder und für die Weiterentwicklung der Gesellschaft bedeutet. Was will die Volksinitiative? Heute stehen in der Primarschule Englisch und Französisch als Fremdsprachen auf der Stundentafel. Die Initiative fordert hingegen, dass nur eine Fremdsprache auf dieser Stufe unterrichtet wird. Die Umsetzung der Initiative ist nicht definiert, und die Konsequenzen eines solchen Entscheids werden nicht hervorgehoben. Die Grüne Fraktion hat die Forderung der Volksinitiative sachlich abgewogen und möchte der Stimmbevölkerung ausgewogene Argumente unterbreiten. Die Umsetzung der Volksinitiative fordert Klarheit sowohl auf der Primarstufe wie auch auf der Oberstufe. Es geht hier nicht nur um den Fremdsprachenunterricht, sondern allgemein um die Wochenstundentafel sowohl auf der Primar- als auch auf der Oberstufe. Wir sind der Auffassung, dass die Stimmbevölkerung vor der Abstimmung detaillierte Informationen über die Konsequenzen der Umsetzung der Volksinitiative braucht. Als Politikerinnen und Politiker müssen auch wir der Bevölkerung erklären, was die Umsetzung dieser Initiative mit sich bringt. Folgende fünf Punkte gibt es zu bedenken: Erstens: Die Initiative legt nicht fest, welche Fremdsprache auf der Primarstufe unterrichtet werden soll. Bei Annahme der Initiative müsste dieser Rat erneut mit einer Gesetzesänderung festlegen, welche Fremdsprache es wäre. Zweitens: Es müsste geklärt werden, was anstelle der fehlenden Lektionen für die zweite Fremdsprache auf der Primarstufe unterrichtet werden soll. Wie die Initiative erläutert, sollen die deutsche Sprache, naturwissenschaftliche Fächer, ein anderes Fach oder keine Lektionen mehr unterrichtet werden. Drittens: Es müsste gleichzeitig geklärt werden, wie der Kanton mit der zweiten Fremdsprache in der Oberstufe umgehen würde. Wenn die Initiative angenommen würde, müssten auf der Oberstufe für die zweite Fremdsprache mehr Lektionen angeboten werden. Für die Umsetzung der Initiative müssen folgende Fragen beantwortet werden: Wie könnten die fehlenden Lektionen für die zweite Fremdsprache in der Oberstufe kompensiert werden? Ist man bereit, die Lektionen in Deutsch oder Naturwissenschaften auf der Oberstufe zu kürzen? Oder werden Lektionen in

den Fächern Natur/Mensch/Gesellschaft, Gestaltung/Musik oder Bewegung/Sport gekürzt? Viertens: Wir haben einem Vorstoss zugestimmt, der verlangt, dass für schwächere Lernende die Lernziele für Sprachen auch in der Primarschule korrigiert werden können. Doch es wird für diese nicht einfacher, wenn sie erst in der Oberstufe mit noch mehr Druck zwei Fremdsprachen lernen müssen, um für eine Ausbildung bereit zu sein. Erfolgreiche Lernbedingungen für zwei Fremdsprachen auf der Oberstufe müssten für diese Schülerinnen und Schüler mit kleineren Lerngruppen geschaffen werden, was dann mit zusätzlichen Kosten verbunden wäre. Fünftens: Im Jahr 2006 hat die Schweiz inklusive Luzern den Artikel zur Bildungsharmonisierung in der Bundesverfassung klar angenommen. Daraus wurden die Reformprojekte HarmoS und Lehrplan 21 abgeleitet, welche wiederum die zwei Fremdsprachen, darunter eine Landessprache, in der Primarstufe aufnehmen. Bei einem Ja zur Initiative wäre Luzern momentan der einzige Kanton mit nur einer Fremdsprache auf der Primarstufe. Bei einer Annahme der Initiative könnte der Lehrplan 21 in einem wesentlichen Punkt der Harmonisierung nicht umgesetzt werden. Wollen wir die Harmonisierung gefährden und in der Bildung immer wieder alles über den Haufen werfen, was man einmal sorgsam eingeführt hat? Unsere Schlussfolgerung: In unserer Gesellschaft ist Mehrsprachigkeit unabdingbar und eine enorme Chance. Abgänger der Volksschule müssen über solide Grundkenntnisse in Englisch und Französisch verfügen, um für ihre berufliche Laufbahn optimal vorbereitet zu sein. Darauf können wir unsere Kinder bereits in der Primarschule vorbereiten. Einzutauchen in eine Welt mit verschiedenen Sprachen, ermöglicht ihnen ein stressfreies Herantasten an Fremdsprachen. Durch das Erlernen einer anderen Landessprache tragen wir zum besseren Austausch zwischen den Sprachregionen bei. Es geht nicht nur um eine bessere Verständigung auf Italienisch oder Französisch, sondern auch um ein gegenseitiges Besuchen bis hin zu mehrmonatigen Aufenthalten in Partnerschulen und um berufliche Qualifikation und Ausbildungsförderung. Die Grüne Fraktion tritt auf die Botschaft ein. Wir gewichten das Initiativrecht hoch und werden die „Volksinitiative für eine Fremdsprache auf der Primarstufe“ für gültig erklären. Die Initiative hingegen lehnen wir ab.

Für die GLP-Fraktion spricht Markus Baumann.

Markus Baumann: Die GLP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und fordert, dass der Fremdsprachenunterricht in der Schweiz zu gewährleisten hat, dass die Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit über Kompetenzen in mindestens einer zweiten Landessprache und einer weiteren Fremdsprache verfügen. Unser Ziel bei den obligatorischen Fremdsprachen auf der Primarstufe ist ein gemeinsames Modell für die Deutschschweiz ohne Alleingänge von einzelnen Kantonen, das heisst keine Insellösung. Die Fremdsprachenfrage beschäftigt die Schule und die Bildungspolitik bereits seit Jahren. Entsprechend gibt es darüber zahlreiche Studien und Forschungsarbeiten. Die Meinungen der Fachleute darüber, wann der richtige Zeitpunkt zum Erlernen einer Fremdsprache ist und ob Schülerinnen und Schüler mit zwei Fremdsprachen überfordert werden, sind widersprüchlich und ergeben kein klares Bild. Eine Entscheidung aus wissenschaftlicher Sicht ist für uns daher nicht möglich. Die Initiative fordert nur eine Fremdsprache auf der Primarstufe. Welche Fremdsprache unterrichtet werden soll, legt die Initiative nicht fest. Dies ist aber für die Stimmberechtigten entscheidend. Es ist wohl ein Zugeständnis des Initiativkomitees, dass mit der Annahme der Initiative voraussichtlich der Englischunterricht aus der Primarstufe verschwinden würde. Der Bundesrat hat das bereits angekündigt – was aber die Kompetenzen der Kantone zu stark einschränkt, und das will die GLP verhindern. Die Auswirkungen einer Annahme der Initiative auf den Lehrplan, die Wochenstundentafel sowie die Ausbildung der Lehrpersonen wären einschneidend, egal ob nun Französisch oder Englisch auf der Primarstufe unterrichtet werden würde. Der Lehrplan 21 könnte bei einer Annahme der Initiative in einem wesentlichen Punkt der Harmonisierung nicht umgesetzt werden. Die Anpassung der Wochenstundentafel führt in der Oberstufe zu einer grossen Sprachlastigkeit. Die PH Luzern würde für die ganze Zentralschweiz Fächer ausbilden, die in Luzern nicht notwendig wären, und die interkantonale Zusammenarbeit würde voraussichtlich erschwert. Die allfälligen Folgekosten für allfällige neue Lehrmittel und die

notwendigen Weiterbildungen der Lehrpersonen sind aber sicher mit ein Grund, der Initiative kritisch gegenüberzustehen. Das Sprachenkonzept mit zwei Fremdsprachen ist seit zehn Jahren ein Grundpfeiler der Volksschule und hat sich bewährt und entspricht auch der gesamtschweizerischen Sprachenstrategie. Wenn wir in der Primarschule Lektionen für Fremdsprachen abbauten, müssten wir umso mehr Lektionen auf der Oberstufe einplanen, dies auf Kosten der MINT-Fächer. Denn der „Kuchen“ der WOST bleibt gleich gross. Eine Erhöhung der Lektionenzahl liegt nicht drin, und die geforderte kostenneutrale Umlagerung ist nicht möglich oder wird dann halt wiederholt anderswo innerhalb der Volksschule vom Mund abgespart. Man muss den Sprachunterricht verbessern, nicht absägen. Es darf keine Nivellierung nach unten geben. Auch wenn die Zielvorgaben in den Sprachen nicht vollständig erfüllt werden: Die Lernenden in der Primarschule sind nicht generell überfordert mit dem Erlernen einer zweiten Fremdsprache. Die 20 Prozent der schwächeren Schülerinnen und Schüler, welche auch in anderen Fächern Mühe haben, sind individuell zu fördern oder müssen, wenn nicht anders möglich, teilweise auch von Lernzielen befreit werden. Zielführender ist auch hier sicher die Frühförderung von Kindern im Vorschulalter mit geringerem sozioökonomischem Hintergrund respektive mit eher tiefem Bildungshintergrund der Eltern. Zentral und wichtig ist und bleibt eine gute Unterstützung der Lehrpersonen. Dazu gehören neben der Weiterentwicklung der Lehrmittel auch eine fundierte und motivierende Aus- und Weiterbildung und keine weiteren Sparübungen. Der grösste Erfolgsfaktor im Sprachunterricht ist wohl die Motivation zu lernen. Kinder, die eine positive Einstellung zu Französisch und Englisch haben, erreichen auch bessere Leistungen. Zusammenfassend sind die Nachteile eines Systemwechsels für die GLP zu gross und ein möglicher positiver Effekt auf den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler nicht eindeutig absehbar. Die Initiative überzeugt uns nicht. Die zweite Fremdsprache auf der Primarstufe abzuschaffen, ist der falsche Weg. Unser Ziel muss doch sein, dass die Schülerinnen und Schüler gerne in die Schule gehen und dass sie Lust haben zu lernen, sei es nun Mathematik, Französisch oder Englisch. Dazu braucht es möglichst optimale Voraussetzungen und Rahmenbedingungen. Die GLP lehnt die Fremdspracheninitiative grossmehrheitlich ab und unterstützt den Antrag des Regierungsrates.

Christine Kaufmann-Wolf: Die Initiative hat ein Thema aufgegriffen, über das Eltern, Lehrmeister und viele Lehrpersonen heiss diskutieren. Anfänglich habe ich das Anliegen und die Absicht der Initiative unterstützt. Doch nach Abwägung von Pro und Kontra habe ich meine Meinung revidiert. Bei der Umsetzung der Initiative geht es um mehr als nur zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe. Es werden weitere Fragen aufgeworfen, die leider nicht beantwortet werden. Wir wissen nicht, welche Sprache auf der Primarstufe zuerst gelernt werden soll, die Initiative lässt es offen. Der Bundesrat hat seine Absichten bereits machtvoll angekündigt und wird sie vehement einfordern. Je nach Sprachenwahl wird wahrscheinlich das Referendum ergriffen, ein lange dauernder Streit über die endgültige Sprachenwahl ist vorprogrammiert. Für eine Regelung des Sprachunterrichts müssten sowohl auf der Primar- wie auch auf der Sekundarstufe neue Lehrmittel für Englisch und Französisch erarbeitet und produziert werden. Weil sich kein anderer Kanton in der gleichen Situation befindet, müsste der Kanton Luzern im Alleingang eigene, stufengerechte Lehrmittel beschaffen. Das würde sehr hohe Kosten verursachen. Damit Kinder von Familien, die in einen anderen Kanton umziehen, sprachlich nicht benachteiligt sind, hat sich der Kanton Luzern in den sprachlichen Grundstrukturen an die HarmoS-Kantone angepasst. Mit der Annahme der Initiative würde Luzern eine komplizierte Situation schaffen. Deshalb sollte das Thema, wenn überhaupt, national in Angriff genommen werden. Mit nur einer Fremdsprache auf der Primarstufe wird die zweite Fremdsprache auf die Oberstufe verschoben. Die Folge davon wären zwölf Stunden Sprachunterricht in der Oberstufe, ein sehr sprachlastiger Stundenplan also. Kinder und Jugendliche, die mit dem Sprachunterricht Probleme haben, würden dadurch extrem belastet. Die Kinder befinden sich zu diesem Zeitpunkt in der Pubertät und müssen zudem gute Noten für die Lehrstellensuche abliefern. Wir alle im Rat wissen, dass unsere Meinung grosse Konsequenzen nach sich zieht, darum müssen wir unseren Entscheid wohl überlegen. Wollen Sie das Risiko eingehen, dass die Lernenden erst auf der Sekundarstufe

Englisch lernen? Die Kinder wollen früher Englisch lernen. Sind wir bereit, dass der Kanton eine Sprachinsel wird? Wollen wir Millionen von Franken in die Beschaffung von neuen Lehrmitteln investieren? Luzern darf nicht zu einer teuren, benachteiligten Sprachinsel verkommen.

Priska Galliker: Ich äussere mich als Mitglied der Initiativkomitees. Es rumort in der Schweiz, wenn es um Fremdsprachen geht; die Unzufriedenheit ist in vielen Kantonen gross. Als langjährige Sprachlehrerin auf der Sekundarstufe kann ich nicht verstehen, warum man diese Fremdsprachenstrategie auf Biegen und Brechen weiterverfolgen will. Hätte ich eine Firma und die Resultate eines Projekts wären so vernichtend, wie es die Evaluation des Projektes Frühfranzösisch auf Seite 8 der Botschaft aufzeigt, würde ich es beenden. Unser Kanton sieht das aber anders. Es wird nicht einmal eine Änderung ins Auge gefasst. Man schaut neben den Resultaten und an der Realität vorbei und wertet den politischen Aspekt viel höher – das kann doch nicht sein. Zudem gehen die direkt Betroffenen des Sprachenstreits schlichtweg vergessen, nämlich Kinder, Jugendliche, Eltern und Lehrpersonen. Der pädagogische Aspekt wird ausgeblendet. Wir Fachleute für die Bildung haben früh bemerkt, dass der eingeschlagene Weg über das Ziel hinausschiesst. Geben wir den Primarschülern wieder die Chance, ihre Schulzeit für den Deutschunterricht und damit für Lesen und Schreiben sowie für Mathematik zu nutzen. Diese fehlenden Basiskompetenzen können später kaum mehr aufgeholt werden. Die Lehrbetriebe bemängeln diese Tatsache schon seit Längerem. Ich bin überzeugt, dass die Fremdsprachenstrategie mitverantwortlich für die Kostenexplosion im Volksschulbildungsbereich ist. Hingegen verstehe ich nicht, wie die in der Botschaft angekündigten Mehrkosten entstehen sollen. Das Argument, dass der Kanton Luzern zu einer Sprachinsel verkomme, ist für mich im gesamtschweizerischen Kontext gesehen nicht so wichtig. Je nach Lage eines Kantons wird sowieso eine individuelle oder föderalistische Lösung gesucht; die Vielsprachigkeit unseres Landes lässt keine einheitliche Lösung zu. Sprachbegabte Kinder holen einen Rückstand schnell auf, die anderen werden wie jetzt schon üblich grosszügig dispensiert und müssen währenddessen von anderen Lehrpersonen unter Kostenfolgen betreut werden. Die Fremdsprachenstrategie der EDK ist gescheitert, so wage ich zu behaupten, und ich freue mich über Ihre Unterstützung der Initiative.

Monique Frey: „Es rumort in der Schweiz“: Diese Aussage hätten wir auch in den 90er-Jahren machen können, als es darum ging, Französisch auf der Primarstufe einzuführen. Es hatte einen Grund, warum früher mit dem Französischunterricht begonnen werden sollte. Französisch ist in der Schweiz wichtig, hier in Luzern vielleicht etwas weniger. Geht man aber nach Bern und sitzt in überkantonalen Gremien, ist Französisch nicht wegzudenken. Es ist wichtig, Französisch wenigstens zu verstehen, damit in den Kommissionen mindestens alle in ihrer Muttersprache sprechen können. Es ist sehr wichtig, das Gegenüber zu verstehen. Der Englischunterricht ist ebenfalls nicht grundlos eingeführt worden. Englisch ist im internationalen Austausch sehr wichtig. Wir befinden uns aber in der Schweiz, und es wäre peinlich, wenn wir uns in nationalen Gremien plötzlich auf Englisch verständigen müssten. Die durchgeführte Evaluation ist nicht sehr erfreulich ausgefallen, sie soll aber auch dazu genutzt werden, um aus Fehlern zu lernen. Wir sollten beide Sprachen lernen, auch die schwächeren Schülerinnen und Schüler. Sie sind dabei aber auf Unterstützung angewiesen. Die meisten Kinder möchten Fremdsprachen lernen, weil sie deren Nutzen erkennen. Es ist wichtig, dass der Sprachunterricht möglichst früh beginnt und über die ganze Schulzeit verteilt wird. Wir müssen deshalb nicht eine Fremdsprache auf der Primarstufe abschaffen, sondern uns überlegen, wie der Fremdsprachenunterricht verbessert werden kann. Wenn wir Englisch nicht mehr auf der Primarstufe unterrichten, werden die Eltern, die es sich leisten können, ihre Kinder in private Englischstunden schicken. Wir wollen jedoch für alle Kinder die gleichen Voraussetzungen.

Reto Frank: Kleinkinder sind in der Lage, in intuitiver Lernstrategie mehrere Sprachen zu erlernen. Ein unbewusstes Ziel der Kleinkinder in mehrsprachiger Umgebung ist die Integration und die Kommunikation; das ist für sie überlebenswichtig. Die Gelingensbedingungen, um dieses Ziel zu erreichen, sind nicht minder wichtig für Lernende

in jedem Alter, es sind die Regeln der Mehrsprachigkeit. Kleinkinder haben zu den Bezugspersonen wie Eltern, Grosseltern oder Kameraden eine sehr hohe emotionale Bindung. Die Bezugspersonen haben ein muttersprachliches Niveau. Beim Erlernen einer Sprache finden regelmässig Interaktionen statt, die Sprachen werden im Alltag angewandt und gelernt. Eine Person ist eine Sprache. Vergleicht man diese Gelingensbedingungen mit den Möglichkeiten in der Schule, so stellt man die Unterschiede schnell fest. Die Lehrperson ist zwar eine Bezugsperson, hat aber zum Lernenden keine sehr hohe emotionale Bindung. Die Lehrpersonen haben in aller Regel kein muttersprachliches Niveau. Lehrpersonen sprechen und interagieren mit einzelnen Lernenden wenig und unregelmässig bedingt durch die Klassengrösse und die geringe Lektionenzahl. Die Fremdsprachen werden weder im Alltag angewandt noch gelernt. Im Vergleich mit Kleinkindern sind die Ziele der Lernenden im obligatorischen Schulunterricht nicht die gleichen. Das Erlernen einer Fremdsprache erscheint mindestens im Augenblick nicht essenziell zu sein. Bei Lernenden gilt zudem, dass eine Fremdsprache erfolgreich erlernt werden kann, je besser die erste Sprache beherrscht wird. In einem arrangierten Umfeld eine Fremdsprache zu erlernen, erfordert von den Lernenden eine andere und angepasste Lernstrategie, die sich bei Kindern und Jugendlichen erst allmählich und vor allem in der Pubertät, das heisst auf der Sekundarstufe I, entwickelt. Deshalb erscheint mir die Belastung der Lernenden auf der Primarstufe, die neben der Erstsprache zusätzlich zwei Fremdsprachen lernen müssen, unter den gegebenen Umständen zu hoch. Auch eine Optimierung des heutigen Systems wird kaum bessere Resultate bringen. Eine Fremdsprache sollte deshalb auf die Oberstufe verschoben werden. Welche der Fremdsprachen das ist, spielt meines Erachtens keine Rolle, denn die Harmonisierung ist auch beim Sprachenkompromiss nicht gegeben.

Erich Leuenberger: Die Entscheidungsfindung zur Fremdspracheninitiative ist ein eigentliches Dilemma: Wofür was man sich auch entscheidet, es ist falsch. Eine Minderheit der FDP-Fraktion stimmt für die Initiative. Diese Minderheit vertritt die Grundhaltung, dass zu viele Köche im Brei der Volksschule rühren. Wir alle im Rat sind Bildungsexperten, schliesslich sind wir selber zur Schule gegangen. Ich möchte nicht vergleichen, was damals und heute im Lehrplan angeboten wird, aber eines ist sicher: weniger wäre mehr. Zwei Fremdsprachen neben dem Deutschunterricht stellen für mehr als 60 Prozent der Primarschülerinnen und -schüler eine grosse Überforderung dar. In diesem Punkt sind sich praktisch alle Bildungsexperten einig. Deshalb unterstützt auch der kantonale Lehrerinnen- und Lehrerverband die Initiative. Ich habe bei verschiedenen Bildungsvorlagen in früheren Jahren erklärt, man solle mit den ständigen Reformen in der Schule aufhören. Was aber jetzt im Sprachunterricht auf der Primarstufe praktiziert wird, ist schlicht und einfach falsch und eine Überforderung der meisten Kinder. Es ist kein Entscheidungskriterium, dass die anderen Kantone am Modell 3/5 festhalten. Wenn der Kanton Luzern den ersten Schritt unternimmt und der Initiative zustimmt, werden sicher weitere Kantone diesem Vernunftentscheid folgen. Stimmen Sie deshalb der Initiative mit einem guten Bauchgefühl zu.

Thomas Grüter: Persönlich bin ich der Meinung, dass der Kanton Luzern in Sachen Fremdsprachen zu keiner Insel in der Deutschschweiz verkommen sollte. Die momentane Regelung entspricht dem Sprachenkonzept der EDK. Mega, cool, deleten oder Facebook und Whats App sind Ausdrücke, wie sie unserer jungen Generation täglich begegnen. Man spricht sogar von einem Silicon Valley in Zürich. Englisch ist im Alltag allgegenwärtig. Die Initiantinnen und Initianten äussern sich nicht dazu, welche Fremdsprache auf der Primarstufe des Kantons Luzern gelehrt werden soll. Nur eine Fremdsprache auf der Primarstufe würde bedeuten, dass der Druck auf nur eine Fremdsprache, in diesem Fall Französisch, erhöht wird und dieses wieder zur Diskussion stehen würde. Eine Verschiebung des Englischunterrichts auf die Oberstufe würde bedeuten, dass neue Lehrmittel beschafft werden müssten, weil in keinem anderen Deutschschweizer Kanton der Englischunterricht erst auf der Oberstufe beginnt. Es würde einen neuen Lehrplan Englisch auf der Oberstufe brauchen, damit verbunden wäre eine Sprachlastigkeit. Die Lehrpersonen müssten neu für Frühfranzösisch in der 3. Klasse ausgebildet werden. Das würde zu Kosten

von mehreren Millionen Franken führen. Eigentlich geht es uns ja immer um das Wohl unserer Kinder und Lernenden. Deshalb stellt sich für mich die Frage, warum nur noch wenige Schüler auf der 3. Oberstufe das Freifach Französisch belegen. Die Antwort der Schüler ist fast immer gleich: Englisch sei die Weltsprache und die Begegnung damit alltäglich. Das duale Bildungssystem in der Schweiz kann nicht so schlecht sein, wenn es derzeit überall in den USA vorgestellt und als Erfolgsmodell präsentiert wird. Es ist richtig, wenn auf der Achse westlich der Kantone Jura, Solothurn, Bern und Wallis, die zum Teil zweisprachig sind, der Französischunterricht Priorität hat. Die Diskussion, ob sich einzelne Kantone wie St. Gallen, Nidwalden und Thurgau dem HarmoS-Konkordat anschliessen oder nicht, betrifft die Thematik der Fremdspracheninitiative bei uns im Kanton Luzern nicht wirklich. Die Gemeinden, die Schulen und die Politik haben in den vergangenen Jahren immer davon gesprochen, dass von den Reformen in den Schulen wegzukommen sei. Die Annahme der Initiative würde eine weitere Reform zur Folge haben und die Luzerner Lernenden gegenüber Lernenden anderer Kantone benachteiligen. Lehnen Sie deshalb die Initiative ab.

Urban Sager: Die von den Initiantinnen und Initianten benannten Probleme beim Fremdsprachenunterricht in der Primarschule sind tatsächlich vorhanden, und es gilt diese ernst zu nehmen. Die in der Initiative vorgeschlagene Lösung, in der Primarschule nur noch eine Fremdsprache zu unterrichten, ist aber die falsche Lösung. Gewisse Probleme würden wohl sogar verschärft. Kinder, die in Haushalten aufwachsen, in denen kein Deutsch oder Schweizerdeutsch gesprochen wird, haben aufgrund ihrer sprachlichen Defizite in der Unterrichtssprache im Allgemeinen mehr Mühe im Unterricht, namentlich im Fremdsprachenunterricht. Das Medium dieses Unterrichts ist eben auch die deutsche Sprache. Die Antwort auf diese Problematik – darüber besteht in Fachkreisen grosse Einigkeit – ist eine möglichst frühe Sprachförderung. Hierzu haben wir im letzten Jahr eine gesetzliche Grundlage geschaffen; diesbezüglich sind die Gemeinden und Schulleitungen gefordert. Eine Fremdsprache auf die Oberstufe zu verschieben aufgrund der Schwierigkeiten dieser Kinder, löst diese Problematik überhaupt nicht und ist zudem gegenüber allen andern Kindern in keiner Weise verhältnismässig. Knaben sollen unter dem sprachlastigen Lehrplan der Primarstufe besonders leiden, wurde gesagt. Geschlechtertypische Leistungsunterschiede in der Schule sind tatsächlich ein viel diskutiertes Problem. Diese Leistungsunterschiede haben aber kaum mit dem Unterrichtsinhalt, sondern vor allem mit dem unterschiedlichen Sozialverhalten von Knaben und Mädchen zu tun. Die schulische Leistung ist ein Symptom, keine Ursache; diese liegt vor allem in der geschlechterbasierten Erziehung. Die Auswirkungen sind aber gerade in der Schule deutlich zu spüren. Knaben haben – etwas einfach gesagt – mehr Mühe, ruhig zu sitzen und fokussiert zu arbeiten. Diese Problematik entschärfen wir durch ein möglichst kleines Betreuungsverhältnis der Lehrperson und abwechslungsreiche Sozialformen, denn Knaben brauchen eine entsprechend höhere Aufmerksamkeit. Das geht am besten, wenn die Klassen nicht zu gross sind und die Lehrperson nach Bedarf zusätzliche Unterstützung erhält. Eine Verschiebung einer Fremdsprache auf die Oberstufe trägt diesbezüglich nichts zur Lösung dieser Problematik bei. Als weiteren Grund für eine Fremdsprache in der Primarschule werden die schlechten Ergebnisse der Achtklässler im Französisch angeführt. Es ist richtig, dass eine Mehrheit der Lernenden die vorgegebenen Lernziele nicht erreicht. Dies ist unbefriedigend und darf nicht einfach hingenommen werden. Deswegen aber den Französischunterricht auf die Oberstufe zu verschieben nach dem Motto: „Sie können es ja eh nicht, also können wir auch später damit beginnen“, ist meiner Meinung nach keine Lösung. Wir müssen uns viel eher die Frage stellen, woran das Nichterreichen der Lernziele liegt. Diesbezüglich wurden bereits Massnahmen eingeleitet, wie wir der Botschaft entnehmen konnten. Die Initiative löst die Probleme nicht und wird deshalb von einer Mehrheit der SP-Fraktion abgelehnt.

Rosy Schmid-Ambauen: Ich weise auf einige wesentliche Punkte hin. Zur Demokratie: Wenn in so vielen Kantonen sehr viele Betroffene – und das nicht primär auf der politischen Ebene – sich bewegen und mit grossem Einsatz auf Schwachpunkte aufmerksam machen

und etwas verbessern wollen, gilt es diese ernst zu nehmen. Zu den Kosten: Wenn im Kanton Luzern allein der Wechsel einer Fremdsprache bis zu 8 Millionen Franken zur Folge hat, muss ich mich doch fragen, ob dahinter nicht Herausforderungen stecken, die mit der Initiative selber nichts zu tun haben. Zur Insellösung: Dass Lernziele am Ende der Volksschule harmonisiert sind, ist wünschbar und wichtig. Wie die Lernziele erreicht werden, soll von den Kantonen bestimmt werden und nicht von der EDK. Es ist bereits heute so, dass das Sprachenkonzept 3/5 nicht von allen Kantonen gleich umgesetzt wird. Die einen beginnen früher, andere später, und die Prioritäten in der Sprachenwahl sind unterschiedlich. Die Schüler schliessen bewusst mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen ab, dazu tragen die Wahlpflichtfächer wesentlich bei. Zur Bildungsrendite: Für die investierte Zeit in der 3. bis zur 6. Klasse mit je drei Lektionen in der 3. und 4. Klasse und je fünf Lektionen in der 5. und 6. Klasse erwarte ich mehr als das grossmehrheitliche Erreichen der Lernziele. Mir sind die Perspektiven und die Chancen der Kinder und die Freude am Lernen sehr wichtig. Dazu müssen nicht so bald wie möglich Worte in einer fremden Sprache gesagt werden können, sondern Befinden, Gefühle und Materielles müssen überhaupt in Worte gefasst werden können. Der richtige Schlüssel dazu ist die Muttersprache. Die Initiative hat eine schlanke, klare Forderung zugunsten der Kinder – die Reduktion auf eine Fremdsprache in der Primarschule – und lässt dabei den Fachleuten grossen Spielraum für eine optimale Umsetzung. Das ist wichtig. Ich bin klar für eine Verbesserung der aktuellen Situation; das ist nur mit der Unterstützung der Initiative möglich.

Willi Knecht: Sie gehen wohl mit mir einig, dass bei einem Hausbau ein stabiles Fundament das Wichtigste ist. Auf einem starken Fundament lassen sich weitere Stockwerke ohne Folgeschäden aufbauen. Sparen oder pfuschen beim Fundament, das rächt sich früher oder später. Ähnlich verhält es sich bei der Bildung. In der Primarschule erhält der Schüler ein Fundament für die Sekundar- und Berufsschule. Gehören dazu zwei Fremdsprachen? Meiner Meinung nach nicht. Das Fuder ist überladen worden, weniger wäre mehr. Sicher ist jedoch, dass das frühe Erlernen von zwei Fremdsprachen keine Voraussetzung für eine erfolgreiche Schullaufbahn ist. Viel wichtiger sind die grundlegenden Kenntnisse in der deutschen Sprache. Es geht nicht um staats- oder bildungspolitische Aspekte der EDK oder des Lehrplans 21. Es geht auch nicht um die Lehrpersonen oder um die PH. Es geht um unsere Kinder in der Volksschule. Darum bitte ich Sie, über Ihren Schatten zu springen, Herz für unsere Kinder zu zeigen und der Initiative zuzustimmen.

Guido Bucher: Als der damalige Grosse Rat über die Sprachmodelle 3/5 oder 3/7 befunden hat, habe ich mich klar für das Modell 3/7 ausgesprochen. Der damalige Rat hat aber anders entschieden. Inzwischen sind die Lehrpersonen entsprechend ausgebildet und die WOST ist angepasst worden. Es wird immer wieder verlangt, dass in der Bildung weniger Reformen vorgenommen werden sollten. Mit dem Wechsel auf nur eine Fremdsprache auf der Primarstufe käme es aber zu einer erneuten Reform. Ich könnte gut nur mit einer Fremdsprache auf der Primarstufe leben. Aber die Auswirkungen auf die Ausbildung der Lehrpersonen, die WOST und die Anpassung der Lehrmittel geben mir unheimlich zu denken. Sollten wir nicht auf dem eingeschlagenen Weg bleiben? Wir sind in den Schulen mit der Umsetzung des Lehrplans 21 beschäftigt, der auf dem bestehenden Modell 3/5 basiert. Die Primarlehrpersonen haben die entsprechenden Weiterbildungen absolviert. Es mag sein, dass ein paar Lernende überfordert sind. Aber ist daran immer nur das System schuld? Könnten nicht auch die Bequemlichkeit oder gar die Faulheit der Lernenden dahinterstecken? Ich erachte es als Mutmassung, das Modell als gescheitert zu bezeichnen. Es ist absurd zu behaupten, dass das Fach Deutsch wegen der Fremdsprachen leide. Das Deutsch wird kein bisschen besser, auch wenn auf der Primarstufe nur eine Fremdsprache gelernt wird. Das schlechte Deutsch hat andere Gründe wie zum Beispiel die sozialen Medien. Ein Buch zu lesen, ist nicht mehr aktuell und miteinander reden schon gar nicht, weil selten alle gemeinsam zu Hause sind. Will man Deutsch in der Schule fördern, wird sicher wieder eine Initiative zugunsten der Mundart eingereicht. Ich selber kann trotz Ausbildung zum Primarlehrer weder fliessend Französisch noch Englisch sprechen oder schreiben. Damals, als ich die Gelegenheit hatte, Sprachen zu lernen, dachte ich, das sei nicht nötig.

Wenn ich heute auf meinem Lebensweg etwas bereue, ist es die Tatsache, dass ich die Fremdsprachen links liegen gelassen habe. Es gibt auch heute Lernende mit guten Leistungen, die ein Anrecht auf dieses Sprachangebot haben. All jene, die etwas Mühe haben mit den Sprachen, werden deswegen keinen bleibenden Schaden davontragen, aber sie erhalten zumindest ein bisschen das Gespür für eine fremde Sprache. Ein erneuter Systemwechsel wäre mühsam, darum lehne ich die Initiative ab.

Angela Pfäffli-Oswald: Wir alle haben etwas zum Thema Fremdsprachen zu sagen, da wir alle persönliche Erfahrungen damit gemacht haben, die uns in unserer Schulzeit geprägt haben. Wir sind aber Politiker, also entscheiden wir auch politisch. Die Schweizer Bevölkerung hat 2006 mit einem Stimmenanteil von 85,6 Prozent den Bildungsartikel in der Bundesverfassung gutgeheissen. Das Volk hat eine hohe und gute Qualität in der Ausgestaltung, einen flexiblen Bildungsweg und ein überblickbares Gesamtsystem verlangt und nicht 26 verschiedene Einzellösungen. Dabei hat das Volk bewusst so entschieden. Nach wie vor gehört die Bildung in die Hoheit der Kantone. Die Kantone sollen sich aber aufeinander zu bewegen und nicht voneinander weg. Eine Insellösung für den Kanton Luzern ist meiner Meinung nach keine Lösung. Was wollen wir denn für unsere Kinder, ausser Gesundheit und Glück? Eine gute Vorbereitung für das Leben, die ihnen persönliche und berufliche Chancen ermöglicht und sie darauf vorbereitet. In diese Vorbereitung sollten wir investieren. Die Bildungsziele sollen sich nicht am Minimum ausrichten; das reicht nicht für den Innovationsstandort Schweiz. Warum unterstützt der Schweizer Lehrerinnen- und Lehrerverband zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe? Wir wollen kein Mittelmass, sondern Bildungsziele und ein Sprachkonzept, die möglichst allen gerecht werden und die Kinder dort abholen, wo sie sind. Fördern und fordern, unterstützen oder entlasten dort, wo es Massnahmen braucht, damit die persönliche Entwicklung ermöglicht wird. Das ist im Moment im Kanton Luzern der Fall. Deshalb sollten wir in die Verbesserungen bei der WOST, bei den Lehrmitteln und vor allem bei der Ausbildung und Befähigung der Lehrpersonen investieren. Es macht keinen Sinn, das System bereits wieder zu ändern. Lehnen Sie deshalb bitte die Initiative ab.

Adrian Bühler: Es geht uns wahrscheinlich allen gleich: Niemand ist ganz überzeugt vom heutigen Fremdsprachenkonzept, deshalb verspüren auch viele eine gewisse Sympathie für die Initiative. Je intensiver man sich aber mit der Initiative auseinandersetzt, umso grösser werden die Zweifel, ob sie das Problem tatsächlich löst. Ich persönlich lehne die Initiative ab; viele Argumente sind bereits vorgetragen worden, vor allem jenes der Insellösung. Einige Rednerinnen und Redner haben erwähnt, dass viele Kinder mit zwei Fremdsprachen überfordert seien. Es gibt sicher in jeder Primarklasse Kinder, die Schwierigkeiten mit den Fremdsprachen haben, insbesondere mit dem Französisch. Diese Schwierigkeiten haben die Kinder unabhängig davon, ob der Unterricht in der 5. Klasse oder in der Sekundarstufe I beginnt. Die Initiative verschiebt das Problem also bestenfalls, das Problem der Überforderung löst sie aber nicht. Es gibt Kinder, die mit dem Französisch überfordert sind, aber es gibt mindestens ebenso viele Kinder, die mit Mathematik überfordert sind. Deswegen kommt niemand auf die Idee, das Fach Mathematik abzuschaffen. Ich bitte Sie, die Initiative abzulehnen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Erlauben Sie mir eine einleitende Bemerkung: Der Sprachkompromiss wird aktuell in 23 Kantonen gelebt und praktiziert. Wie man unter diesen Voraussetzungen auf die Idee kommt, diesen als gescheitert zu bezeichnen, ist mir offen gestanden unerklärlich. Die Regierung legt in diesem Zusammenhang Wert auf zwei Argumente. Luzern soll im Bereich der obligatorischen Schule keine Insel werden. Die Ausbildung der Lehrpersonen an der PH würde zu erheblichen Mehraufwänden führen. Zahlreiche Jugendliche aus dem Kanton Luzern, zum Beispiel aus den Seegemeinden, besuchen ein ausserkantonales Gymnasium. Wie sieht das aus, wenn ein Lernender aus dem Kanton Luzern nach dem Schulabschluss mit Jugendlichen aus dem Kanton Schwyz das Gymnasium Immensee besucht? Wo bleiben da die gleichen Voraussetzungen? Wir wollen unseren Schülerinnen und Schülern die gleichen Voraussetzungen und Bedingungen anbieten wie in den übrigen Kantonen, nicht

bessere, aber auch nicht schlechtere. Hier handelt es sich um eine klassische Frage, die nur interkantonal angegangen werden kann und soll. Wie präsentiert sich die Situation in der Schweiz? Der Souverän im Kanton Nidwalden hat die Initiative für eine Fremdsprache im Jahr 2015 mit 62 Prozent abgelehnt und damit verhindert, dass nur noch Englisch auf der Primarstufe angeboten wird. Die Stimmberechtigten des Kantons St. Gallen haben mit 70 Prozent den Ausstieg aus dem HarmoS-Konkordat abgelehnt und sich damit klar für zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe ausgesprochen. Im Kanton Zürich hat das Parlament im November über eine vergleichbare Initiative debattiert. Der Zürcher Kantonsrat hat die Initiative abgelehnt, die Volksabstimmung findet im Mai 2017 statt. Der Bund hat in einem Schreiben vom 17. Januar 2017 klar mitgeteilt, dass man aufgrund der Entscheide in den Kantonen aktuell nicht eingreifen werde, und bezieht sich auf die eben von mir erwähnten Kantone. Man werde die Situation aber weiter beobachten, eine Nichtharmonisierung im Sprachbereich würde jedoch nicht akzeptiert. Erlauben Sie mir dazu eine staatspolitische Bemerkung: Wenn wir den Föderalismus stärken wollen, dann müssen wir die Aufgaben lösen und sie nicht an den Bund delegieren. Wir sind als Kantone gefordert, die Verantwortung zu übernehmen. Die Initiative präsentiert uns keine Lösung, sondern lediglich eine Kritik am Ist-Zustand. Sie lässt ganz bewusst offen, welche Sprache an der Primarschule unterrichtet werden soll. Das Dilemma ist zwar bekannt, Französisch ist eine unserer Landessprachen und hat darum aus nationalen Überlegungen eine hohe Priorität. Englisch hat in unserem Alltag aber insbesondere im Bereich der Ausbildung eine sehr hohe Bedeutung. Ersparen Sie uns deshalb bitte diese Diskussion. Es wurden verschiedentlich Bemerkungen angebracht, was nun angezeigt sei, und die Regierung müsse nun handeln. Ich darf darauf hinweisen, dass der Handlungsbedarf erkannt ist. Wir werden im Bereich der Fremdsprachen auf der Primarstufe Optimierungen vornehmen. Diesbezügliche Entscheide sind Ihnen bekannt. Ich weise in diesem Zusammenhang aber noch einmal darauf hin, dass der Kanton Luzern gesamtschweizerisch die am geringsten dotierte Wochenstundentafel auf der Primarstufe hat. Diese Tatsache sorgt auch für Auswirkungen. Die Regierung hat sich intensiv mit dieser Vorlage auseinandergesetzt. Unter Abwägung aller Argumente empfiehlt Ihnen der Regierungsrat, die Zustimmung zum Entwurf des Kantonsratsbeschlusses und somit die Ablehnung der Initiative.

Antrag Steiner Bernhard zu Ziffer 2: Die Volksinitiative wird angenommen.
(Sofern Antrag angenommen, entfällt Ziffer 3 und Ziffer 4 wird zu Ziffer 3).

Bernhard Steiner: Die Diskussion ist bereits erfolgt, deshalb äussere ich mich nicht weiter zu meinem Antrag.

Für die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) spricht
Kommissionspräsidentin Helene Meyer-Jenni.

Helene Meyer-Jenni: Dieser Antrag ist der EBKK vorgelegen und mit 7 zu 6 Stimmen abgelehnt worden.

Der Rat lehnt den Antrag mit 70 zu 40 Stimmen ab.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Volksinitiative „Eine Fremdsprache auf der Primarstufe“, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 72 zu 42 Stimmen zu.